Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich bei frei Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Gruß" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 22 205. ★ Redaktion Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 12 270 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 10 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 30 Goldpfennige für die Reklamezeile entsprechend an den bezeichneten Postämtern ★ Anzeigen tage vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Dresden, Sonnabend den 12. September 1925 | Nummer 129

Betriebsräte für die Einheitsfront

Bedeutsame Kundgebungen der Düsseldorfer und Münchner Betriebsräte

Am Sonntag, den 6. September, fand in Düsseldorf eine Konferenz der Betriebsräte verschiedener großer Werke statt. Die Initiative dazu war von dem Betriebsrat der Phönixwerke ausgegangen, der durch Einladungsschreiben die Betriebsräte aufgefordert hatte, zu einer Aussprache über die gegenwärtige Lage der Arbeiterschaft und die zu treffenden Maßnahmen gegen die Unternehmerangriffe zusammenzutreten. An der Konferenz nahmen teil die freigewerkschaftlichen Betriebsräte von 8 Betrieben. Es wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Die am 6. September tagende Versammlung der Betriebsräte der Betriebe Phönix, Schieß, Jagenberg, Freundlich, Boehler, Delta-Metall aus Düsseldorf und Coppel und Rheinstahl aus Hilden, die auf die Initiative des Betriebsrates der Phönixwerke stattfand, war einmütig der Auffassung, daß in kürzester Zeit Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Gefahren, die der Arbeiterklasse drohen, entgegen zu treten. Auf Grund der Tatsache, daß noch ein großer Teil der Arbeiterschaft unorganisiert und mit Zweifeln den Gewerkschaften gegenübersteht, fordert die Versammlung den ADGB. auf, sofort praktische Maßnahmen zu ergreifen, um diese Arbeiterschichten wieder zu gewinnen. Die Versammlung schlägt vor, daß die Betriebsräte Belegschaftsversammlungen einberufen, in denen eingehend Stellung genommen wird zur gegenwärtigen Lage und der gewerkschaftliche Gedanke wieder geweckt wird, und fordern vom ADGB., die Führung dieser Bewegung zu übernehmen.

Gleichzeitig appelliert die Versammlung an alle Kollegen in den Betrieben und weist darauf hin, daß der bisherige Zustand der Desorganisation in den Betrieben endlich aufhören muß, damit die Arbeiterschaft durch eine einige, geschlossene Kampffront die Offensive der Unternehmer zurückweisen kann."

Am Schluß der Tagung beschäftigte sich die Versammlung der Betriebsräte mit der Rückkehr der Arbeiterdelegation aus Rußland und faßte einstimmig folgenden Beschluß:

„Alle anwesenden Betriebsratsmitglieder werden dafür Sorge tragen, daß in ihren Betrieben Belegschaftsversammlungen stattfinden, in denen Bericht über die Lage der russischen Arbeiter erstattet wird. Der ADGB. wird aufgefordert, solche Berichterstatter für Gewerkschaftsversammlungen anzufordern und weiter eine Betriebsrätevollversammlung einzuberufen zur Entgegennahme eines solchen Berichts. Die Versammlung fordert vom ADGB. die Entsendung einer Delegation nach Sowjetrußland."

Sozialdemokrat Freiberger berichtet über Rußland

Die Münchener Teilnehmer an der deutschen Arbeiter-Delegation nach Sowjetrußland haben am Mittwoch abend ihren Auftraggebern, den Münchener Betriebsräten, einen Bericht über die Erfahrungen in Rußland gegeben. Die Versammlung wurde als eine geschlossene durchgeführt und der Eintritt außerordentlich scharf kontrolliert, nachdem die Polizei die öffentliche Berichterstattung „aus Gründen der Staatssicherheit" verboten hatte. Mehr als 1500 Betriebsräte, fast ausschließlich Sozialdemokraten, nahmen an der Vollversammlung teil.

Freiberger, der von dieser Körperschaft nach Rußland delegiert war, wurde stürmisch begrüßt. Er brandmarkte in starker Erregung **die in der SPD.-Presse enthaltenen verleumderischen Briefe und sagt von ihnen, daß sie nicht aus Rußland, sondern aus Berliner antibolschewistischen Kreisen stammen.** Freiberger erklärte vor seinen Mandatgebern, daß alle Behauptungen über mangelnde Bewegungsfreiheit „Potemkinsche Dörfer" und **völlig erlogen seien.** Sein Bericht über die Lage in Sowjetrußland wurde mit größter Spannung entgegengenommen. Er schloß mit dem Ruf: **„Es lebe Sowjetrußland, es lebe die internationale Einheit der Gewerkschaften!"**

Der zweite Delegierte Beer berichtete von seiner Reise nach dem Kaukasus und Georgien. Da die „Münchener Post" (SPD.) gerade einen Schwindelbrief aus Tiflis über den Besuch der Delegation veröffentlicht hatte, nahm er Gelegenheit, an Hand konkreter Tatsachen die Lügen dieses Briefes zu entlarven. So sei z. B. Freiberger entgegen diesem Brief überhaupt nicht in Tiflis gewesen. Bezeichnend sei, daß dieser Brief von „ständig besoffenen Delegierten" spricht! Die Versammlung war über diese Verlogenheit des eigenen Parteiorgans äußerst empört.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die sich für Sowjetrußland und den Kampf um die Einheit der Gewerkschaften ausspricht. Die „Münchener Post" wird in dieser Resolution ausdrücklich zu wahrheitsgemäßer Berichterstattung aufgefordert.

Die Einstimmigkeit der Abstimmung wurde mit tosendem Beifall begrüßt.

An diese Konferenz schließt sich eine Reihe von Versammlungen in allen größeren Betrieben Münchens und Oberbayerns, in denen der Bericht der Delegation der Arbeiterschaft übermittelt wird. Die Arbeiter ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit haben sich zusammengefunden in der Sympathie für den ersten Arbeiter- und Bauernstaat und in dem Willen, die Gewerkschaftseinheit zustande zu bringen. So wird auch in Bayern die jahrelange Lähmung der Arbeiterbewegung unter dem faschistischen Regime durch die Initiative der Betriebsarbeiterschaft überwunden.

Gewerkschaftstagung der Postler

Berlin, 11. Sept. Hier wurde gestern der zweite außerordentliche Gewerkschaftstag der Allgemeinen deutschen Postgewerkschaft eröffnet. Den Vorsitz führte Zschert-Berlin. Im Geschäftsbericht hob Kollege Uhr hervor, daß die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung trotz der gelben Organisation und trotz der Widerstände der reaktionären Verwaltungen langsame aber stetige Fortschritte machen. Er sagte, die Reichsregierung sei nicht eine Regierung des sozialen Ausgleiches, sondern der Verständnislosigkeit für die berechtigten Forderungen der Beamten und Arbeiter. Alle Forderungen auf Besserstellung der Beamten seien von den Regierungsparteien unter den Tisch gewischt worden. Seit 6 Jahren warten die Beamten vergeblich auf das Beamtenvertretungsgesetz. Personalabbau und Urlaubsfragen sind nicht geregelt. Die Beamtenschaft kann zu dieser Regierung kein Vertrauen haben.

Starke Ostorientierung auf dem Gewerkschaftskongreß in England

London, 11. Sept. (Eig. Drahtbericht.) In der Sitzung des Gewerkschaftskongresses in Scarborough am Donnerstag nahmen die Delegierten zunächst eine Entschließung an, in der für die Opfer der Arbeitsunfälle, deren Arbeitsunfähigkeit 100 Prozent beträgt, eine Entschädigung verlangt wird, die einen Satz von **nicht unter zwei Drittel des Mindestlohnes betragen soll.** Ein Redner bemerkte, daß die Zahl der Arbeitsunfälle in Großbritannien beispiellos sei und **die Zahl der Opfer überschreite um 200 000, die während des Krieges getöteten und verwundeten englischen Soldaten.** Nach der Rede Tomlis erörterte Bramley, der Vertreter des Generalsekretärs, die Frage der internationalen Föderation der Trade Unions und bemerkte, das Problem müßte mit Vorsicht angefaßt werden. Man müsse für die nationale Organisation eine **große Selbständigkeit bestehen lassen,** aber ein erhebliches Zusammenarbeiten aller Trade Unions der Welt zum gemeinsamen Wohl des Proletariats vorsehen und erleichtern. Das habe dabei nicht geringe Vorteile zur Folge zur Festigung des internationalen Proletariats. Die Rede Bramleys erntete lebhaften Beifall.

Es wurde ferner eine Entschließung angenommen, die den Generalrat auffordert, auf dem schnellsten Wege zur Erzielung einer internationalen Föderation der Arbeiter fortzufahren.

Ein Delegierter erwähnte den Brief Sinowjews und benutzte die Gelegenheit zu einem Ausfall gegen Mac Donald. Dieser fand jedoch in Tomlii einen Verteidiger. Die Versammlung beschloß, die Aussprache hierüber bis zu einer Generaldebatte über die ganze Frage zu vertagen.

Ein Mitglied des Bureaus brachte einen Antrag über die Handelsbeziehungen mit Rußland ein. Es sei tief zu bedauern, daß durch die Schuld der englischen Bankiers England bedeutende Aufträge verloren habe.

Eine stärkere Beteiligung auf dem russischen Markte sei wichtig für England und für die internationalen Interessen. Die Trade Union habe die Absicht, von der Regierung zu verlangen, daß sie einen großen Einfluß bei den Kapitalisten aufbiete, um den Handel mit den Sowjets stärker zu beleben, statt ihn unmöglich zu machen. Diese Entschließung wurde durch Zuruf angenommen. Weiter wurde von der Regierung verlangt, daß bei Industriekrisen die Truppen von jedem Einschreiten zurückgehalten werden sollen.

•

Ein Sieg der Linken

London, 10. September. (Eigen. Drahtbericht.) Der Gewerkschaftskongreß hat mit starker Mehrheit eine Entschließung angenommen, in welcher die Forderung des Miteigentums der Arbeiter als ungenügend verworfen wird und die Arbeiter aufgefordert werden, starke Betriebsausschüsse zu bilden, die den Kampf führen sollen, um die Kapitalisten zum vollständigen Verzicht auf die Beherrschung der Industrie zu zwingen. Die Opposition bezeichnet diese Entschließung als den kaum verhüllten Versuch, den Kongreß auf kommunistische Grundsätze festzulegen.

Ein Beschluß zur Herbeiführung der Einheit

London. Der Gewerkschaftskongreß nahm gegen eine Stimme eine Entschließung an, durch die der Generalrat ermächtigt wird, Schritte zwecks Herbeiführung der gewerkschaftlichen Einheit in einer allumfassenden Gewerkschaftsinternationale zu unternehmen. Er autorisiert damit die vom Generalrat unternommenen englisch-russischen Einigungskonferenzen.

Mit allen Kräften für die Linie der Komintern

II.

4. Die rechten Abweichungen der Gruppe Maslow-Ruth Fischer.

Die Verteidiger der Gruppe Maslow-Ruth Fischer stützen sich vor allem auf die Behauptung, die Exekutive wolle „eine Aenderung des Parteikurses", eine „Rechtsschwenkung". Diese Behauptung können nur diejenigen aufstellen, die einen Kampf gegen die Komintern führen wollen.

Die Exekutive, und mit ihr das Zentralkomitee der deutschen Partei, will unbedingt eine Kursänderung. Aber nicht eine Aenderung nach rechts, sondern eine Bolschewisierung unseres Parteikurses, eine Umstellung der gesamten Parteiarbeit, eine Brechung der bisherigen Passivität, den entschlossenen Uebergang zur Eroberung der proletarischen Massen. Diese Linie ist ebensowenig „rechts", wie die Beschlüsse des 3. Weltkongresses, wie die Taktik Lenins „rechts" war.

Dagegen hat die Gruppe Maslow-Ruth Fischer selbst in den letzten Monaten eine Reihe politischer Fehler begangen, die zweifellos rechts, d. h. opportunistisch waren. Die Exekutive wies bereits in ihrem Briefe an den 10. Parteitag auf die Ueberschätzung der parlamentarischen Tätigkeit und des Parlamentarierens durch die führende Gruppe hin. Sie wiederholte in ihrem Offenen Brief an die Organisationen und Mitglieder der KPD. die Feststellung, „daß die Exekutive im jetzigen Moment die führende Gruppe nicht von rechts, sondern von links kritisiert". Und sie fügte hinzu: „Wir würden als bewußte Lüge jedes dahingehende Argument behandeln, die Komintern wolle die Partei „nach rechts" schleppen."

Worin bestanden die opportunistischen Abweichungen der bisherigen Führung?

Rechts, und nicht links, war Maslows Theorie von der Einheitsfront mit den bürgerlichen Republikanern.

Rechts, und nicht links, war das monatelange Gerede und Geschreibe über „Manöver" und „Kompromisse" ohne Rücksicht auf die wirklichen großen Bewegungen der deutschen Arbeitermassen.

Rechts, und nicht links, war die Maslowsche Illusion, man könne mit den Parteien der schwarz-rot-goldenen Bourgeoisie ein „reales Geschäft" machen.

Rechts, und nicht links, ist vor allem der tiefe Unglaube dieser Gruppe in die Kraft und in das Klassenbewußtsein des deutschen Proletariats, die z. B. in der Aeußerung Ruth Fischers zum Ausdruck kommt, „daß die Massen aus dem Alltagsleben flüchten" und daß unsere eigenen Parteigenossen „sich nicht als die Sieger der Zukunft fühlen, sondern als die Traditionsleute, die dabei sind, weil es anständig ist". So sicher es ist, daß die deutsche Partei und ihre Mitgliedermassen noch große Mängel haben, so fest steht es, daß diese Behauptung eine falsche, absolut unzulässige Geringschätzung der eigenen Partei bedeutet.

Vollkommen opportunistisch ist auch die Perspektive, „daß in den nächsten zehn Jahren in Deutschland keine Revolution möglich ist". Ein derartiger Pessimismus führt unvermeidlich zu rechten Abweichungen, ganz abgesehen davon, daß er auf einer vollkommen falschen Analyse der politischen Situation und der Klassenkräfte des gegenwärtigen Deutschland beruht.

Rechts, und nicht links, ist schließlich die ideologische Kampagne gegen die Taktik der Komintern, die von dieser Gruppe seit langer Zeit geführt wird. Die Legenden vom „Moskauer Opportunismus" sind gerade in der heutigen Situation eine direkte, antibolschewistische Gefahr. Sie stehen — objektiv — auf einer Linie mit der Hetze Paul Levis und Friesländs gegen Sowjetrußlands angeblichen „Verrat an der westeuropäischen Arbeiterbewegung". Gerade in einem Augenblick, wo breite sozialdemokratische Arbeitermassen mit Sowjetrußland zu sympathisieren beginnen, versuchen die reaktionären sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer gerade mit solchen „linken" Phrasen die Ostorientierung der Arbeiter zu verhindern. Sogar Kautsky wirft Sowjetrußland in seiner neuen Hetzbroschüre vor, daß „Moskau die internationale Arbeiterbewegung ruiniert" und „zum Kapitalismus zurückkehrt". Die Sozialdemokraten arbeiten mit solchen Argumenten für die geistige Vorbereitung des Durchmarschparagraphen im Dienste des englischen Imperialismus. Wer heute einen Gegensatz zwischen „Moskau" und den Parteien der Ko-